

feststellen, daß zwischen Verschwinden und Tod der Studenten und der Arbeit an den betreffenden Physik-Instituten — die unter anderem auch Forschungs-Aufträge der vom Bonner Verteidigungsministerium mitfinanzierten Fraunhofer-Gesellschaft bearbeiten — kein „objektiver Zusammenhang“ bestehe. Einer der beiden verdächtigten Institutsdirektoren war damals Professor Queisser.

Für ihn wie für viele seiner Professoren-Kollegen sind diese Reminiscenzen Grund genug, den Paragraphen 6 des hessischen Hochschulgesetzes für unrechtmäßig und gefahrvoll zu halten. Und mit der Existenz dieser Rechtsvorschrift begründeten inzwischen zwei weitere Naturwissenschaftler — der Zoologie-Professor Dietrich Burkhardt und der Chemie-Professor István Halász — ihren geplanten Exodus aus der Frankfurter Alma mater.

Frankfurter Assistenten- und Studentenvertreter machen sich freilich einen eigenen Vers auf den Professoren-Prottest. Für Karl Haubold, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Theoretische Physikalische Chemie und Vorsitzender des Rates der Nichthabilitierten, liegen die Gründe für den Stellungswechsel der Hochschullehrer „primär in der Weigerung, das eigene Wissenschaftsverständnis und die Ziele der wissenschaftlichen Arbeit selbst zum Gegenstand der Untersuchung zu machen“ — wozu sie der Informationsparagraf eines Tages zwingen könnte.

Auch Rektor Denninger, der zu den Befürwortern des neuen Hochschulgesetzes gehört, hat für die Erläuterungen seiner Kollegen wenig Verständnis. Zwar hält auch er den Informationsparagrafen für „gesetzestechisch und redaktionell verunglückt“. Jurist Denninger: „Der moralische Appell an das Berufsethos und das Selbstverständnis des Wissenschaftlers in der Einleitung des Paragraphen hat ohnehin keine Rechtskraft.“

Die Absicht des Gesetzgebers hingegen, „denjenigen, der öffentlich informiert, zu unterstützen“, müsse „verfassungskonform“ ausgelegt werden. Denn beispielsweise sei es — so argumentiert Denninger — laut Grundgesetzartikel 26 schließlich auch verfassungswidrig, „die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten“. Die Nichtanzeige eines geplanten Verbrechens aber werde in der Regel nach dem Strafgesetz geahndet. Mithin orientiere sich, so Denninger weiter, der umstrittene Passus am geltenden Recht.

Daß die Informationsverpflichtung kaum „viel mehr ist als 'ne Proklamation“, gesteht inzwischen auch Kultusminister Friedeburg zu. Dieses Eingeständnis aber offenbart für den Hochschulrechtler Ulrich K. Preuß vom Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung „das ganze Dilemma dieser so modern anmutenden Rechtsvorschrift: Die Norm ist juristisch gar nicht vollziehbar“.

Eine gesellschaftliche Kontrolle der Forschung, glaubt Preuß, könne eher „durch demokratische Beschlüsse über

Forschungsvorhaben innerhalb der Hochschulen und durch die Aufsicht des staatlichen Geldgebers“ gewährleistet werden als durch „eine so folgenlose Proklamation“. Gänzlich bekommen „man diesen Bereich juristisch ohnehin nicht in den Griff“.

Der Hochschulrechtler, der zu Beginn der sechziger Jahre dem damals noch reformbereiten SDS angehörte, gibt zu bedenken: „Wenn einer privat auf auf einer Party von einem Forschungsvorhaben erfährt, dann kann man diesen Mann doch nicht zwingen, das irgendwie weiterzumelden, selbst wenn es ihm nicht ganz koscher erscheint.“

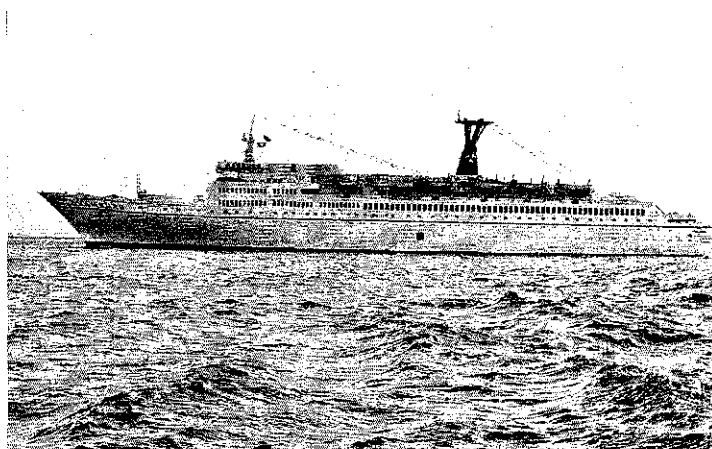
## UNTERNEHMEN

### HAUNI-WERKE

#### Der Größte

**R**otbefrachte Stewards wieselten um die Tische, an denen Dreher und Schlosser ihren Sherry nahmen. In den Salons saßen Schleifer und Werkzeugmacher in ihren allerbesten Kleidern.

Der Chef hatte eingeladen: zum ersten deutschen Betriebsausflug mit



Hauni-Chef Körber, Luxus-Dampfer „Hamburg“: Kreuzfahrt für die Belegschaft

einem Luxus-Liner. 300 Mitarbeiter der Hamburger Hauni-Werke durchkreuzten drei Tage die Nordsee an Bord des Renommier-Dampfers „TS Hamburg“.

Gastgeber war Firmen-Chef Kurt A. Körber, 61, Welt-Monopolist für Filterzigaretten-Maschinen aus Hamburg-Bergedorf. Für 300 000 Mark hatte er das sonst nur Südsee-Reisenden vorbehalten Vergnügungsschiff gechartert.

Multimillionär Körber, von Hamburgs Senat geschätzter Kunst-Mäzen und Initiator des Bergedorfer Gesprächskreises mit Prominenten aus Politik, Wirtschaft und Kultur, hatte im September vergangenen Jahres „aus Verantwortung für Mitarbeiter und Gesellschaft eine Reihe von Verfügungen getroffen“: Sein Firmenvermögen vermachte er testamentarisch

einer gemeinnützigen Hauni-Stiftung, seine Belegschaft beteiligte er mit 20 Prozent am jährlichen Unternehmensgewinn.

„Und als ein kleines Extra“, so der 1,69 Meter große Industrielle, „habe ich für die 300 betriebsältesten Mitarbeiter diese Kreuzfahrt arrangiert.“ 1800 Hauni-Werker blieben allerdings an Land, „denn die Ehepartner mußte ich natürlich mit einladen, und mehr als 600 Plätze gab's nicht“ (Körber).

Die Hauni-Werke — Umsatz im vergangenen Jahr: 120 Millionen Mark — beherrschen 90 Prozent des Weltmarktes für Filterzigaretten-Maschinen. Sowjets und Amerikaner, Rotchinesen, Lappen und Polynesier beziehen ihre täglichen Zigaretten-Rationen aus den Hamburger Maschinen. Rund 200 Patente sichern das Monopol im blauen Dunst. An dem Unternehmen, einer Kommanditgesellschaft, hält Körber noch einen Anteil von 57,4 Prozent. 25 Prozent übertrug er im vergangenen Herbst einer Körber GmbH, deren Gesellschafter-Kapital bereits zu fünf Elfteilen der Hauni-Stiftung überschrieben wurde.

Der kinderlose Filter-Boß überredete seine Frau, auf die Erbschaft zu

verzichten und gewann auch die beiden Kommanditisten Johanna Schwerin und Anneliese Beermann dafür, sich bei seinem Tode abfinden zu lassen. Denn über die Körber GmbH soll die Hauni-Stiftung später Allein-Eigentümerin der Hauni-Werke werden.

Am privaten Genuß der Monopolrente, die seit 16 Jahren die Bilanzen seines Unternehmens polstert, fand Körber keinen rechten Geschmack. Seine ursprüngliche Absicht, bereits vor seinem Tode das gesamte Firmenvermögen einer Stiftung zu übertragen, hat er zwar aufgegeben, aber — so der Erfinder, der stets auch gut zu posieren weiß — „entscheidend ist doch nicht das Eigentum an den Produktionsmitteln, sondern die Verfügungsgewalt“.

Körber hat deshalb eine Haussatzung ausarbeiten lassen, nach der ein 17köpfiges Wahlgremium nicht nur

mein Rezept... tetesept

- Tetesept-Pastillen wirken sofort
- schützen die ganze Familie
- moderne Wirkstoff-Kombination
- mit verstärkter Vitamin C-Wirkung
- DM 2,50 in Apotheken und Drogenen

# tetesept

Pastillen



**Kassenschwarz**  
Grippegefahr

nach seinem Tode den neuen Firmenchef wählen soll, sondern bereits jetzt das Recht hat, „mich selbst zum Rücktritt von der Firmenleitung aufzufordern. Finden sich dafür mehr als 75 Prozent der Stimmen, so trete ich zurück“.

Der Hamburger Unternehmer ist zwar gegen Kollektiv-Beschlüsse der Geschäftsleitung („Die Unternehmerinitiative ist das Element, das die Horizonte offenhält; eine aristokratische Funktion kann man nicht demokratisieren“). Mit einer sogenannten Stufenselektion hat er jedoch seinen Hauni-Arbeitern ein personalpolitisches Mitspracherecht eingeräumt, das der Belegschaft das Gefühl vermittelt, an den Entscheidungsprozessen teilzuhaben: Vorgesetzte brauchen bei der Ernennung oder Einstellung die Zustimmung der jeweils betroffenen Mitarbeiter. „Das ist eine Demokratisierung der Personalpolitik“, meint der Multimillionär, aber: „Gegen die Form einer schematischen Gleichstellung von Kapital und Arbeit habe ich ernsthafte Bedenken.“

Der stets fröhliche Industrielle hält sein Beteiligungs-Modell für erfolgreich: „Wir sind das Unternehmen mit der geringsten Personal-Fluktuation“ — obgleich Hauni-Werker kein 13. Monatsgehalt bekommen und zu Weihnachten lediglich einhundert Mark sowie weitere zwanzig Mark für jedes Betriebsjahr ausgezahlt erhalten. Die Löhne und Gehälter haben Durchschnitts-Niveau, sie lagen früher sogar — so weiß ein leitender Mitarbeiter — „für uns 30 bis 40 Prozent unter den vergleichbaren Jobs im Raume Hamburg“.

Die 20prozentige Gewinnbeteiligung wird vom Nettogewinn abgezweigt. Im vergangenen Jahr zahlte das Unternehmen eine Million Mark, die je nach Betriebszugehörigkeit (Höchstbetrag 1705 Mark) verteilt wurden. In diesem Jahr erwartet Körber „etwa drei Millionen Mark Gewinn“ für seine Mitarbeiter. Von dieser Summe werden noch rund 500 000 Mark in eine Lebensversicherung eingezahlt, die der Chef im vergangenen Jahr mit einer für alle gleichen Jahresprämie von 250 Mark abgeschlossen hat.

Gemessen an diesen Löhnen und Gewinnzulagen waren Körbers Ausgaben für das Hamburger Bildungswesen und für das hanseatische Kunstschaffen erheblich aufwendiger: Zehn Millionen Mark stiftete er für eine Hochschule für Produktions- und Verfahrenstechnik, für die der Hamburger Senat daraufhin weitere 60 Millionen Mark aufbrachte. Aus seinen Zuwendungen wuchsen eine Ingenieurschule für Tabak-Technik und ein Lehr- und Forschungsinstitut für technische Führungskräfte.

Seine mäzenatischen Neigungen kamen dem Thalia-Theater zugute, der Kunsthalle und der Hamburger Staatsoper, deren Chef, Rolf Liebermann, kostspielige Inszenierungen mit



Kreuzfahrt-Teilnehmer  
„Dat givt dat nich wedder“

Garantien aus der Hauni-Kasse absicherte.

„Ich bin der Meinung“, verteidigt Körber seine betriebsexterne Umverteilung, „daß ein Teil dessen, was in ertragsstarken Unternehmen erwirtschaftet wird, der Allgemeinheit zukommen soll. Es ist doch nun auch Zufall, daß meine Angestellten bei mir arbeiten und nicht irgendwo sonst. Die Filterzigaretten-Raucher tragen schließlich auch zu unserem Gewinn bei.“

Körbers Werkeltige hatten nicht immer Verständnis für das Gönntertum ihres Chefs. „Am Anfang“, so der Maschinen-Fabrikant, „haben sie gesagt: Guck mal, der Alte verschenkt unser Geld.“ Nun aber, glaubt Körber, „sind sie furchtbar stolz auf die Schulen, die wir gebaut haben.“

In der Tat beeindruckt das Renommee, das sich der einfallreiche Fabrikant in der Öffentlichkeit zu verschaffen verstand, immer wieder seine Mitarbeiter. Auch die Kreuzfahrt zur Küste Südnorwegens nahm die Hauni-Werker für ihren Chef ein. „Ein Jahr lang“, so Eberhart Reuther, Organisator der Schiffsreise, „wurde über nichts anderes mehr geredet.“ Ein Teilnehmer an der Reising: „Elsce, dat givt dat nich wedder, dat givt dat nich wedder.“

Für die trinkgeldverwöhnten Stewards hatte Körber 8000 Mark im voraus bezahlt. Im Schiffsrestaurant — bei mexikanischer Ente und Serziger Vogelsang Riesling 1966 — bewunderten die Hauni-Leute das von ihrem Chef gemalte Porträt des Hamburger Bürgermeisters Herbert Weichmann; und als am letzten Abend der Nikolaus erschien, erreichte die Begeisterung der Teilnehmer Sportpaal-Höhen.

Bei einem Quiz wurde die Frage gestellt, wer der Größte sei — Verteidigungsminister Helmut Schmidt, Hamburgs Bürgermeister Herbert Weichmann oder Hauni-Chef Kurt Körber. Auf 250 von 300 eingereichten Antwortkarten wurde der Name Kurt Körber angekreuzt.